

## DPG-Rundbrief – Oktober II 2021

### Deutsche Staatsräson auf Kosten der Palästinenser

Das schlechte Gewissen wird reingewaschen



*Prime Minister Naftali Bennett welcomes German Chancellor Angela Merkel during a special cabinet meeting in Jerusalem, October 10, 2021  
(Amos Ben Gershom GPO)*

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihr politisches Leben mit einem Arbeitsbesuch in Israel so zu sagen beendet, in einem Land, das völkerrechtswidrig Territorien dreier arabischer Staaten besetzt (Libanon, Syrien und Palästina). Sie besuchte ein befreundetes Land, das Rassendiskriminierung in seinem eigenen Kernland gegen seine palästinensische Bevölkerung begeht, das militärische Besetzung ausübt und Zerstörung palästinensischer Identität in den von ihm besetzten Gebieten betreibt. Darüber hinaus ist Israel für die Vertreibung der Hälfte der palästinensischen Bevölkerung durch die NAKBA verantwortlich; das ihnen durch UN Resolution verbrieft Rückkehrrecht wird ihnen verweigert.

Das Dritte Reich hat mit dem italienischen Faschismus sowie auch dem russischen Zaren in Europa die Tragödie der Juden geschaffen; es hat durch den Holocaust und die Verfolgung der Juden deren Vertreibung und

Flucht nach Palästina und Amerika verursacht. Und Deutschland hat mitgeholfen, dass ein Staat Israel auf Kosten der ursprünglichen Bevölkerung in dem Land entstanden ist. Deutschland wollte und will seine Schuld den Juden gegenüber und sein kollektives schlechtes Gewissen auf Kosten der betrogenen Palästinenser reinwaschen. Deutschland hat mitgeholfen, dass Juden in Palästina einwanderten, und dafür gesorgt, dass Israel finanzielle Entschädigung in Höhe von ca. 150 Milliarden Euro für das Verbrechen der Nazis erhalten hat.

Deutschland und seine PolitikerInnen kennen das Ausmaß der Verbrechen, die Israel in Palästina verübt: Sie kennen seine ethnischen Säuberungen, seinen Rassismus, seine Ungerechtigkeit und die militärische Besetzung, seine Verletzung der Resolutionen der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrates, seine Annexionen und tagtägliche Vertreibung und Erniedrigung der palästinensischen Bevölkerung. Sie kennen seine permanente Verweigerung der Eröffnung von Akten beim Internationalen Strafgerichtshof und bei zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa und den USA bezüglich seiner Menschenrechtsverbrechen.

Dennoch respektieren Deutschland und seine Kanzlerin die internationalen Entscheidungen und Verurteilungen genau so wenig wie Israel selbst. Und so beendet die Kanzlerin ihre politische Ära mit einem Besuch dorthin, wo solches Unrecht und solche Ungerechtigkeit von Israel praktiziert werden und erklärt nicht nur die Sicherheit des Staates Israel zur deutschen Staatsräson, sondern auch die Unterbindung der Kritik daran. Damit folgt Deutschland bedingungslos der israelischen Besatzungspolitik, obwohl es verbal seinen Rückzug aus den besetzten Gebieten immer noch fordert.

Frau Merkel plädiert zurecht dafür, die Auswirkungen des Nationalsozialismus gegenüber den Juden zu beenden, aber warum ruft die scheidende Bundeskanzlerin nicht dazu auf, auch die Auswirkungen des Zionismus und der israelischen Politik auf die Palästinenser und deren Leben zu beenden, und warum fordert sie Israel nicht endlich auf, seine Expansion durch die Schaffung von weiteren Wohneinheiten auf dem völkerrechtswidrig eroberten palästinensischen Land zu beenden?

Zugegeben: Die Bundeskanzlerin hat viel für Deutschland und Europa getan. Aber sie hat keine humanitäre Aktion unternommen, die die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina garantieren würde, da sie die Machenschaften der israelischen Politik stets als Selbstverteidigung auslegte. Merkel hat zugesehen und damit zugelassen, dass Israel seine massive Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durchsetzte.

Das betrogene palästinensische Volk erhält finanzielle Hilfe von Deutschland, nicht aber die bitter benötigte politische!

Merkel und Deutschland unterstützen vorbehaltlos einen Staat, der das Recht auf Selbstbestimmung als „einzigartig“ für das jüdische Volk aber nicht für seine Bürger ansieht. Das ist staatliche Diskriminierung und Missachtung der in Israel lebenden palästinensischen Bevölkerung, die 20% der Gesamtbevölkerung Israels ausmacht.

Merkel und Deutschland unterstützen vorbehaltlos einen Staat, der ständig das Völkerrecht bricht, die Menschenrechte missachtet, internationale Vereinbarungen nicht einhält und zudem zwei unterschiedliche Rechtssysteme anwendet, eines für die jüdische Bevölkerung und ein anderes schwer durchschaubares militärisches Recht mit einem Gemisch aus osmanischen, britischen und jordanischen Artikeln für die palästinensische Bevölkerung.

Merkel und Deutschland unterstützen vorbehaltlos einen Staat, der völkerrechtswidrig Annexionen betreibt, Einheimische vertreibt, seine eigene Bevölkerung auf deren Land ansiedelt und die Demographie durch seine Einwanderungspraxis zu seinem Vorteil verändert.

Merkel und Deutschland verurteilen und sanktionieren dagegen andere Staaten, die nicht annähernd die Fülle der israelischen Vorgehensweisen betreiben, mit voller Schärfe. Diese Politik der Doppelmoral muss beendet werden.

Nazih Musharbash  
Präsident  
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.